

Beschlossene Sache:

## Zweckverband Verkehrsüberwachung

Es wird ein Zweckverband Verkehrsüberwachung gegründet werden, dem die Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach angehören. Der Stadtrat beschloss in seiner letzten Sitzung am 29. Oktober letztendlich den Beitritt, nachdem ein Tendenzbeschluss bereits im März gefallen war. Die Überwachung von Parkverstößen und auch die Kontrolle des fließenden Verkehrs in den vier Städten werden dann gemeinsam organisiert werden.

Auch die Grüne Liste hat für den Zusammenschluss gestimmt, obwohl sie die Überwachung des ruhenden Verkehrs lieber in Erlangen in Eigenregie belassen hätte. "Die Erlanger VerkehrsüberwacherInnen erledigen die Aufgaben gut. Eine wirtschaftliche Verbesserung durch einen Zweckverband ist in diesem Bereich nicht zu erwarten", führt dazu GL-Stadträtin Susanne Lender-Cassens aus. Vor allem der Personalrat hat sich gegen eine Eingliederung der Parkraumüberwachung in den Zweckverband ausgesprochen. Vorsitzender Roland Hornauer befürchtet eine "erhebliche Veränderung für das Personal".

Ein Änderungsantrag für einen Verbleib in Erlangen fand keine Mehrheit, nur die Grüne Liste, Erlanger Linke und ÖDP stimmten dafür. Die GL-StadträtInnen lehnten dennoch den Zweckverband nicht grundsätzlich ab. "Nur so kann es endlich eine kommunale Überwachung des fließenden Verkehrs in Erlangen geben", stellt Harald Bußmann fest. GL-Anträge, die auch ohne Zweckverband eine Überwachung des fließenden Verkehrs in Erlangen vorsahen, wurden von der schwarz-gelben Stadtratsmehrheit kategorisch abgelehnt.

Erlanger Linke, ÖDP und FDP sprachen sich aus unterschiedlichen Gründen generell gegen einen Zweckverband aus. Für FDP-Stadtrat Dr. Zeus ist eine kommunale Geschwindigkeitsüberwachung an sich eine ungerechte "lokale Autosteuer". Das sei einseitige "Abzocke", zumal die größten Befürworter der Kontrollen Radfahrer seien.

Grüne Liste  
info

### Newsletter der Grünen Liste

Rathausplatz 1 91052 Erlangen

t. 09131-862781 f. 09131-861681

post@erlangen.de

[www.gl-erlangen.de](http://www.gl-erlangen.de)



Ausgabe 19.11.2009

## Lärmschutz S-Bahn Gleisbett eingeschäumen

Derzeit wird von der DB AG die S-Bahn von Nürnberg über Erlangen nach Forchheim gebaut. Später soll dann noch eine ICE-Trasse realisiert werden. Da die Streckenführung quer durch Erlangen geht, sind hohe Lärmschutzwände notwendig. Trotzdem wird sich die Lärmbelastung voraussichtlich erhöhen.

Es gibt ein neues Verfahren, das die Lärmbeeinträchtigungen senken soll, indem das Gleisbett eingeschäumt wird. Diese Technik befindet sich gerade in der Erprobungsphase und soll mehrere Vorteile haben: „Es gäbe weniger Lärmbeeinträchtigungen und die Höhe der Lärmschutzwände könnte eduziert werden“, erläutert Harald Bußmann, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen Liste.

Ein GL-Stadtratsantrag sieht vor, dass die Stadtverwaltung mit der Bahn Kontakt aufnimmt und dieses Verfahren im gesamten Stadtgebiet vorschlägt. Diese Initiative ist eine gemeinsame Aktion mit der Grünen Fraktion in Fürth, die in der Nachbarstadt auch das Einschäumen beantragt haben.

intro

Die Grüne Liste bietet einen Newsletter rund um die Erlanger Kommunalpolitik an.

Dieser Informationsdienst aus dem Rathaus kann per e-mail, Fax und natürlich auch auf Papier per Post kostenlos abonniert werden.

r a n d s p a l t e

CSU-Minister übergibt CSU-OB ein Stück Papier

## Aufregend, was?

Aus einer Einladung der Verwaltung: "In der Fürther Straße wird mit Förderung durch die Bundesregierung mittels des Konjunkturprogrammes II zur Lärm- sanierung kommunaler Straße eine Fahrbahndeckenerneuerung mit einer lärm-optimierten Asphaltdeckschicht durchgeführt". Stadträtinnen und -räte durften dabei sein, als am 30. Oktober Staatsminister Markus Söder nach Erlangen kam, um vor Ort den Förderbescheid an Oberbürgermeister Dr. Balleis zu überreichen. "Auch wenn die Lärmreduzierung eine erfreuliche Sache ist, sollte dieser Verwaltungsakt doch einfach auf dem Postweg erfolgen", merkt dazu Helmut Wening an. Der GL-Stadtrat hat dazu eine Anfrage eingereicht: "Lassen sich die Kosten für eine derartige PR-Aktion grob beziffern? Wie viele ähnlich gelagerte Veranstaltungen absolvieren Sie im Jahr? Wie viel Personal ist mit der Vorbereitung derartig überflüssiger Termine beschäftigt?"

# Save me-Kampagne fordert Aufnahme von Flüchtlingen

Kriege, politische Krisen oder andere existenzielle Nöte zwingen jedes Jahr viele tausend Menschen zur Flucht. Einen sicheren Staat, der eine neue Lebensperspektive bietet, können die wenigsten Flüchtlinge erreichen. Viele wollen langfristig zurück ins Herkunftsland, doch eine Rückkehr ist oft auf unabsehbare Zeit unmöglich. Ohne eine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben sitzen viele Flüchtlinge jahrelang in eigentlich provisorischen Lagern fest.



Die „Save-me-Kampagne“ fordert, Flüchtlinge aus den schwierigen Verhältnissen in den Erstaufnahmestaaten heraus nach Deutschland zu holen. Diese organisierte Aufnahme wird auch „Resettlement“ genannt. Die Idee ist nicht neu. Im Gegensatz zu Deutschland stellen seit vielen Jahren Staaten wie die USA, Kanada, Schweden, Dänemark oder die Niederlande jährliche Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen bereit.

Save-me will eine Bewegung aus den Städten und Gemeinden heraus initiieren. UnterstützerInnen können sich für eine Patenschaft bereit erklären und somit Druck auf die Politik ausüben.

"Erlangen könnte sich beispielsweise mit Beschlüssen des Ausländer- und Integrationsbeirates und des Stadtrates beteiligen, mit denen für die Aufnahme von Flüchtlingen vor Ort geworben wird", schrieb GL-Stadtrat Wolfgang Winkler im April an den Erlanger Ausländer- und Integrationsbeirat. Die SPD hat inzwischen auch einen entsprechenden Stadtratsantrag eingereicht.

Und - was wesentlich für eine erfolgreiche Kampagne ist - es hat sich kürzlich auch in Erlangen eine regionale Save-me-Initiative gegründet.

Weitere Infos:

[save-me-nuernberg-fuerth-erlangen.de](http://save-me-nuernberg-fuerth-erlangen.de)

# gl-info

[www.gl-erlangen.de](http://www.gl-erlangen.de)

Ausgabe 19.11.2009

Seite 2



## Internationale Wochen gegen Rassismus "Besonderer Beitrag gegen Intoleranz"

Erlangen war neben Leipzig die einzige Stadt, die sich im März an den von den Vereinten Nationen initiierten „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ mit einer kompletten Veranstaltungswoche beteiligt hatte. Unter Federführung des Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen und in Zusammenarbeit mit dem Dritte-Welt-Laden, verschiedenen Vereinen und den Erlanger Schulen gegen Rassismus (Realschule am Europakanal, Albert-Schweizer-Gymnasium) wurde ein breit gefächertes Programm auf die Beine gestellt. Das war ein „besonderer und aktiver Beitrag gegen Rassismus und Intoleranz“, so GL-Stadträtin Dr. Pierrette Herzberger-Fofana. Diese Woche war möglich geworden, weil die Stadt Erlangen auf Antrag der Grünen Liste 2000 Euro zur Verfügung gestellt hatte.

Auch für nächstes Jahr hat die Grüne Liste erneut einen städtischen Zuschuss beantragt, damit sich Erlangen wieder entsprechend an den antirassistischen Wochen beteiligen kann.

Mit dem vor zwei Jahren beschlossenen Beitritt der Stadt Erlangen zur "Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus" sei auch „der Stadtrat verpflichtet, dementsprechende Aktionen und Veranstaltungen ideell und finanziell zu unterstützen“, merkt dazu Wolfgang Winkler an,

der die GL im Lenkungskreis Integration vertritt. Dieser Zuschuss soll auch die städtische Beteiligung an den "Internationalen Wochen gegen Rassismus" verdeutlichen.



## GL im web 2.0

Inzwischen hat sich auch die Grüne Liste im web 2.0 eingefunden. Wer uns dahin folgen will, findet uns unter folgendem link:

<http://www.twitter.com/grueneliste>

Gesicht zeigt die GL  
nun auch auf facebook:

<http://www.facebook.de/grueneliste>

Das GL-Info wird herausgegeben von der Stadtratsfraktion der Grünen Liste, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Tel. 09131-862781, Fax 09131-861681, [gruene-liste@erlangen.de](mailto:gruene-liste@erlangen.de), [www.gl-erlangen.de](http://www.gl-erlangen.de)

# Planung StUB-Netz

Bürgerinitiativen beteiligen!

Das Gutachterbüro Intraplan hat bereits mit den Arbeiten zur "standardisierten Bewertung" eines möglichen Stadtbahnnetzes begonnen. Bei dieser Bewertung handelt es sich laut Wikipedia um ein gesetzlich "vorgeschriebenes Verfahren zur gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Untersuchung von ÖPNV-Projekten". Geplante Projekte sind nur bei positivem Ausgang dieses Verfahrens zuschussfähig. Bei negativem Ausgang sind sie somit in der Regel nicht finanzierbar.

Dieses Verfahren soll beim Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) durch einen projektbegleitenden Arbeitskreis unterstützt werden. In anderen Städten, wie z. B. in Berlin, ist es üblich, in solchen Arbeitskreisen neben Verwaltungen und Verkehrsunternehmen auch Initiativen aus der Bürgerschaft mit einzu-

# gl-info

[www.gl-erlangen.de](http://www.gl-erlangen.de)

Ausgabe 19.11.2009

Seite 3

binden. „So wird auch die Transparenz dieser Bewertung dokumentiert“, merkt Harald Bußmann dazu an.

Der GL-Stadtrat hat deshalb - wie auch die bündnisgrünen Fraktionen in Erlangen-Höchstadt und Nürnberg - beantragt, dass der Verkehrsclub Deutschland und die Bürgerinitiative "Umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal" zu den jeweiligen Sitzungen des Arbeitskreises mit eingeladen werden. Beide Vereine sind sowohl in der Stadt als auch in den Landkreisen etabliert.

Der letzte Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschusses am 17.11.09 befasste sich mit diesem Antrag. Einstimmig beschlossen wurde der Auftrag an die Verwaltung, dass sie sich im Arbeitskreis für die Aufnahme der Initiativen einsetzen soll.

## sms

Weitere Anträge der Grünen Liste kurz erwähnt:

Bei der Erstellung von Bebauungsplänen soll bei Positionierung des straßenbegleitenden Grüns (Bäume) berücksichtigt werden, dass später errichtete Solaranlagen nicht beschattet werden.

Der Trödelmarkt auf dem OBI-Parkplatz an der Kurt-Schuhmacher Straße führt zu massiven Parkproblemen auf den umliegenden Grünstreifen. Die Verwaltung soll künftig einschreiten und z. B. dem Trödelmarktbetreiber nahe legen, zusätzliche Parkmöglichkeiten zu organisieren.

Die künftigen Fahrradständer vor der Stadtbücherei nach dem Münsteraner Modell zu erstellen, d.h. nur am Anfang und am Ende der Stellplätze 1-2 Fahrradständer zu installieren und dazwischen frei zu lassen. Außerdem sollen sie zum Marktplatz hin verschwenkt werden, um Engpässe wie beim Schloss zu vermeiden.

Eine Studie zeigt auf, dass Mineralwasser die Umwelt bis zu 1000 Mal mehr belastet als Leitungswasser. Der Unterschied wird umso größer, je weiter das Mineralwasser transportiert oder gekühlt wurde, oder ob es in einer spezielle Verpackung verkauft wird. Da es auch schon längere Diskussionen über die Bezahlung der Getränke während der Sitzungen im Rathaus gab, beantragt die GL, dass im Sitzungssaal nur noch Wasser aus dem Wasserhahn bereitgestellt wird.

Die Integrativen Sportgemeinschaft (ISG) organisiert Menschen mit Behinderungen. Mit ihren verschiedenen Sportangeboten leistet sie „einen nachhaltigen Beitrag zur Integration und erfüllt damit gleichermaßen einen sport- und einen sozialpolitischen Auftrag“, stellen SPD und Grüne Liste in einem gemeinsamen Antrag fest. Beide Fraktionen haben die Prüfung eines städtischen Zuschusses beantragt und wollen eine kontinuierliche Förderung der integrativen Arbeit der ISG.

## "Willkürliche Beschränkungen"

GL kritisiert Ordnungsamt

Die rechtsextreme Studentenverbindung "Frankonia" warb auf ihrer Internetseite für eine Veranstaltung mit dem iranischen Generalkonsul am 30.10.2009. Der Münchner Konsul sagte jedoch kurzfristig ab. Trotzdem fand an diesem Abend eine Kundgebung statt, die sich vor allem gegen die Verankerung der Erlanger Burschenschaft in der rechtsextremen Szene richtete. Anders als in der Anmeldung vorgesehen durften sich die KundgebungsteilnehmerInnen nicht vor dem Frankonia-Anwesen in der Loewenichstraße versammeln, sondern mussten nördlich versetzt auf den gegenüberliegenden Gehsteig hinter eine Reihe parkender Autos ausweichen. Neben anderen Beschränkungen hatte diese Verlegung das Ordnungsamt veranlasst. Bei einem Verstoß gegen solche Vorgaben macht sich die Versammlungsleitung nach dem Bayerischen Versammlungsgesetz strafbar.

"Nicht nachvollziehbar" findet Wolfgang Winkler diese Auflagen. Der GL-Stadtrat, von Beruf Rechtsanwalt, fährt fort: "Die hier getroffene Beschränkung ist willkürlich." Die Erlanger Auslegung des Versammlungsgesetzes sei verfassungswidrig, da das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit übermäßig eingeschränkt werde.

Die Grüne Liste hat einen Bericht in der nächsten Stadtratssitzung beantragt und will wissen, "ob die Stadt bereit ist, künftig wieder von der vorliegenden Auslegung des Bayerischen Versammlungsgesetz abzuweichen."

# Fahrrad und ÖPNV besser vernetzen!

Forderungen der  
grünen MandatsträgerInnen  
in der Metropolregion Nürnberg

Die Metropolregion Nürnberg und insbesondere der Ballungsraum Nürnberg sind von einem hohen Anteil an Pendler-Verkehr geprägt. Der Öffentliche Personennahverkehr erfreut sich wachsender Beliebtheit. Die NutzerInnen des ÖPNV wollen schnell von der Wohnung zur Bahn und von der Bahn zügig zur Arbeitsstelle gelangen. Bei kurzen Entfernungen bis fünf Kilometer ist das Fahrrad – gerade im Stadtgebiet – häufig das schnellste Verkehrsmittel. Daher ist das Fahrrad ein wichtiger Baustein zur umweltfreundlichen Bewältigung der Pendlerströme.

Die Metropolregion Nürnberg bietet vielfältige Möglichkeiten im Bereich des Tourismus und der Freizeitgestaltung. Auch beim Freizeitverhalten entwickelt sich das Radfahren zum Renner. Dies wird vom Verkehrsverbund Nürnberg (VGN) durch die Möglichkeit der Fahrradmitnahme, aber auch durch attraktive Freizeittipps unterstützt. Dennoch müssen wir feststellen, dass in der Vernetzung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel Fahrrad und ÖPNV manches zu verbessern ist. Dringenden Handlungsbedarf sehen wir in drei Punkten:

## Abstellmöglichkeiten an Bahnhöfen

An vielen Bahn-Stationen reichen die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder nicht aus. Es müssen genügend Abstellmöglichkeiten geschaffen werden, die so gestaltet sind, dass sie auch angenommen werden: ortsnah, überdacht, gut einsehbar und beleuchtet. An allen großen Bahnhöfen müssen Fahrradstationen geschaffen werden.

## Fahrradmitnahme

Zu welchen Zeiten Fahrräder in öffentlichen Verkehrsmitteln mitgenommen werden dürfen, erschließt sich meist nur erfahrenen NutzerInnen.

Im VGN dürfen Fahrräder in allen Verkehrsmitteln rund um die Uhr mitgenommen werden, wenn geeigneter Platz vorhanden ist. Diese grundsätzliche Fahrradmitnahme ist untersagt in Regionalzügen und S-Bahnen werktags während des Berufsverkehrs - wenn kein Mehr-

gl-info

www.gl-erlangen.de  
Ausgabe 19.11.2009  
Seite 4

zweckabteil vorhanden ist. Regionalzüge sind normalerweise mit einem oder zwei Mehrzweckabteilen ausgestattet, S-Bahnen dagegen verfügen über kein solches Abteil. Mit dem S-Bahn-Ausbau im Großraum Nürnberg wird sich die Fahrradmitnahme weiter verschlechtern: Mit einem regelmäßigen S-Bahn-Takt nach Erlangen/Forchheim, Ansbach, Neumarkt und Hartmannshof werden die bisherigen Regionalbahnverbindungen reduziert.

Um eine durchgängige ganztägige Fahrradmitnahme zu gewährleisten, fordern wir, in allen S-Bahn-Fahrzeugen Multifunktionsabteile einzurichten, die vielfach nutzbar sind (Fahrräder, Rollstühle, Kinderwagen, Gepäckstücke usw.). In den Regionalzügen, die heute bereits meist über Mehrzweckabteile verfügen, müssen künftig bei Ausschreibungen durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft ausreichende Kapazitätsstandards vorgegeben werden.

## Einfache Preisgestaltung

Auch bei der Frage, welche Fahrkarte für ein Fahrrad gekauft werden muss, ist Expertenwissen notwendig.

In Bayern gibt es die Fahrrad-Tageskarte Bayern, die 4,50 Euro je Fahrrad kostet, und seit dem 1. April 2009 eine Kurzstreckenkarte, die sich am Preis einer Kinderfahrkarte orientiert. Die Karte für 4,50 Euro gilt auch in allen Verkehrsmitteln des VGN, die Kurzstreckenkarte dagegen nur außerhalb der Verkehrsverbände. Wer nur im VGN-Gebiet das Rad mitnehmen will, fährt daher mit den VGN-Tickets meist günstiger. Bei MobiCard und Tigesticket Plus kann statt jeweils einem Kind ein Fahrrad mitgenommen werden – allerdings von Montag bis Freitag erst ab 9 Uhr – außer es handelt sich um Züge mit Mehrzweckabteil. Als weitere Möglichkeit kann für ein Fahrrad eine Streifenkarte „Kind“ oder ein Einzelfahrschein „Kind“ gelöst werden.

Wir halten es für dringend notwendig, die komplizierte Preisstruktur bei der Fahrradmitnahme zu vereinfachen.



## "Demokratie braucht JEDE Stimme!"

Kommunales Wahlrecht für Alle"

Mit dieser bayernweiten Kampagne fordern die bayerischen Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte zusammen mit ihren Kooperationspartnern, darunter Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Migrantenorganisationen, für alle dauerhaft und mindestens seit vier Jahren in Deutschland lebenden EinwohnerInnen das kommunale Wahlrecht. Wählen könnten dann auch endlich Drittstaatsangehörige. Die Grüne Liste unterstützt die Kampagne. Gegen die Stimmen des Oberbürgermeisters und fast seiner gesamten CSU-Fraktion - nur ein CSU-Stadtrat stimmte dafür - hat sich inzwischen auch der Stadtrat in seiner Oktober-Sitzung für eine Unterstützung ausgesprochen.

Kampagnenhomepage und die Möglichkeit zur Online-Unterzeichnung:

[www.demokratie.agaby.de](http://www.demokratie.agaby.de)